

# Der Kurier



## Videüberwachung in ganz Bayern?

### **CSU bringt Gesetzesvorschlag zur Videüberwachung in 250 bayerischen Städten vor den Landtag**

Aufgrund der konstanten Straßenkriminalität der vergangenen Jahrzehnte sieht der Gesetzesentwurf der CSU vor, dass an öffentlichen Plätzen vermehrt Videüberwachungssysteme installiert werden. Damit soll die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht werden. Ob dies sinnvoll ist, haben die Fraktionen des bayerischen Landtags heute diskutiert.

Nach den ersten Fraktionssitzungen äußerte sich die Pressesprecherin der Grünen Gisela Sturm klar gegen ein solches Gesetz mit der Begründung, dass sich Straftaten an öffentlichen Plätzen so nicht verhindern ließe. Viel mehr müsse die Präsenz von Polizei und Sozialarbeitern erhöht werden. Falls das Gesetz sich durchsetzen werde, so plädiere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Vernichtung des Filmmaterials nach spätestens 3 Wochen, und nicht wie im Gesetzesvorschlag vorgesehen, erst nach 6 Monaten. Schließlich, so Sturm, habe jede Bürgerin und jeder Bürger ein „Recht auf Privatsphäre“.

Wie zu erwarten äußerte sich die Pressesprecherin der CSU Fr. Maier ausschließlich positiv dem Gesetz gegenüber. Als Hauptargument lieferte sie, dass beispielsweise die Anzahl der Straftaten auf dem Münchner Bahnhofplatz durch Installation eines solchen Systems um 50% reduziert werden konnte. Dies sei eine klare Bestätigung der Wirksamkeit der Videüberwachung. Nur durch innere Sicherheit könne das Wohl der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Auch sagte Maier, dass die Installation eines solchen Überwachungsapparats weniger zur Verhinderung von Verbrechen beitragen könne als vielmehr zur Aufklärung dieser durch Täteridentifizierung sowie zur Abschreckung. Kriminalität könne nie komplett verhindert werden. Zu einer empirischen Studie der

University of Leicester, die bewiesen hat, dass Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen nicht den gewünschten Effekt erzielt, ging die Pressesprecherin nicht direkt ein.

Ähnlich wie die Sprecherin der Grünen stimmte die Fraktionsvorsitzende der SPD Mathilde Meyer eher gegen das Gesetz. Sie begrüße zwar Maßnahmen für die Sicherheit, doch bezweifelte die Wirksamkeit der Videoüberwachung. Diese bekämpfe nur die Symptome und nicht die Ursachen der Kriminalität. Eher müsse sich die Politik auf eine positive Werteänderung in der Gesellschaft insgesamt konzentrieren und für ein besseres Klima durch Zivilcourage und Sensibilisierung sorgen.

Auch die FDP ist prinzipiell gegen den Gesetzesentwurf in vorliegender Form. Die Argumente, die dafür hervorgebracht wurden, waren widersprüchlich und in sich nicht schlüssig.

Die Prognosen zur Plenarabstimmung der verschiedenen Parteien sind überwiegend positiv, jedoch kann mit einigen Änderungsanträgen gerechnet werden. Somit dürfen wir gespannt sein auf die Ergebnisse der Abstimmung, die sie in unserer morgigen Ausgabe erfahren.

